Vereinigte Staaten von Europa

ANGELIKA MLINAR

Klimawandel, Ressourcenknappheit, Artificial Intelligence, Digitalisierung und Robotisierung der Gesellschaft und die damit verbundenen Veränderungen für die Arbeitswelt. Dies sind nur einige der größten Herausforderungen, denen wir uns im 21. Jahrhundert stellen müssen. Es sind jene Bereiche, in denen ich mich als Politikerin verpflichtet sehe, Allianzen für Lösung dieser Probleme zu schmieden und somit die Zukunft der EU-Bevölkerung in die richtigen Bahnen zu leiten.

Dies erfordert aber auch eine stärkere Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten und gleichzeitig ein Anerkennen, dass dies nur durch ein engeres Zusammenwachsen ebendieser geht. Wenn man sich die Geschichte der EU anschaut, dann wäre das der nächste logische Schritt: hin zu einer noch engeren Kooperation, damit die EU auf der internationalen Bühne handlungsfähiger wird und mit Ländern wie China oder USA mithalten kann. In der Realität leider nicht der Fall, denn unser EU-Projekt läuft derzeit Gefahr, aufgrund von Machtinteressen einiger Weniger zerstört oder zumindest für einige Zeit aufgehalten zu werden.

Einerseits haben wir innerhalb der EU PolitikerInnen und Parteien, welche sich inzwischen ganz offen gegen die EU aussprechen und von homogenen Nationalstaaten träumen, welche es in der Realität so nie gegeben hat. Andererseits haben diese auch Unterstützer von außen, die ihre eigenen Interessen und Machtziele verfolgen.

Medial gibt man ihnen leider viel zu oft eine viel zu große Bühne. Somit lesen wir fast täglich über die Aussagen gewisser PolitikerInnen – von Großbritannien und Italien, bis Ungarn, Polen oder Österreich, welche gegen die EU wettern. Dafür eignet sich das Thema Migration am besten, will man doch die eigenen Leute vor den Fremden beschützen. Einzig die EU steht ihnen dabei im Weg und deren vermeintliche Bevormundung, wodurch den Nationalstaaten jegliche Macht nach Brüssel verloren gehe.

Damit verbunden wird die Flüchtlingswelle im Jahre 2015 als ein Beispiel genommen, dass die EU nicht handlungsfähig ist und innerhalb der EU nur wenige größere Länder wie Deutschland das Sagen haben. Die Mehrheit der anderen EU-Staaten, so der Vorwurf, müssen sich dieser „Willkommens-Politik“ beugen. Ich persönlich habe die Vorgehensweise von Angela Merkel vom ersten Tag an unterstützt. Sie hat auf die Flüchtlingskrise mit Würde, Mitgefühl, Großzügigkeit und Menschlichkeit reagiert. Dass sie allein bzw. Deutschland die Krise nicht meistern konnten, ist klar. Ihr Slogan „Wir schaffen das“ war voller guter Absichten. Die Flüchtlingskrise war jedoch ein europaweites Problem, welches einzelne EU-Mitgliedstaaten auf der nationalstaatlichen Ebene lösen wollten und sich weigerten, Kompromisse aus Brüssel umzusetzen.

Die Migrationskrise könnte gemeinsam auf der EU-Ebene gelöst werden, indem Dublin reformiert wird. Wenn es nach der EU-Kommission und dem EU-Parlament geht, liegen die Lösungen für eine Dublin-Reform bereits auf dem Tisch. Dass wir noch immer keine Einigung haben liegt an dem Rat, welcher der Vereinbarung noch immer nicht zugestimmt hat. Dieser Mangel am politischen Willen ist für die humanitäre Katastrophe und das Leid der Menschen in Flüchtlingscamps wie zum Beispiel in Moria verantwortlich. Ich war vor ein paar Wochen dort, um mir ein eige-

Angelika Mlinar, Mitglied des Europäischen Parlaments als Europaabgeordnete der NEOS (seit 2014) mit den Schwerpunkten Asyl und Menschenrechte, Migrationspolitik und Frauen und Wirtschaft. Mlinar tritt bei den EU-Wahlen 2019 als Spitzenkandidatin der slowenischen liberalen Partei SAB an.

■ Die Migrationskrise könnte gemeinsam auf der EU-Ebene gelöst werden, indem Dublin reformiert wird.

nes Bild vor der Situation zu machen und mich sowohl mit den Betroffenen als auch mit den Verantwortlichen auszutauschen. Die Zustände dort – auf einem der reichsten Kontinente der Welt – haben mich zutiefst erschüttert.

Nach dem Besuch des Flüchtlingscamps ist eigentlich nur das klar geworden, was ohnehin schon jahrelang von uns verlangt wurde: eine europäische Lösung für ein europäisches Problem. Europa, ein Kontinent mit mehr als 500 Millionen EinwohnerInnen, hat nicht wegen den 2 Millionen Flüchtlingen eine Migrationskrise. Europa hat eine Migrationskrise, weil wir keine gemeinsame europäische Politik und Herangehensweise haben, um dieser Herausforderung gerecht zu werden.

Stattdessen gewinnen jene Parteien, welche die EU schwächen wollen immer mehr an Macht und Bedeutung. Die Stagnation in der Arbeitsbeschäftigung und im Wirtschaftswachstum sowie das starke Misstrauen gegen ImmigrantInnen beflügeln die populistischen Parteien in ganz Europa. Ob die Brexit-BefürworterInnen, Vox, die FPÖ, die Schwedendemokraten, Fidesz oder die AfD – bei jeder Wahl verzeichnen die Rechtspopulisten einen Erfolg nach dem anderen und scheinen kaum aufhaltbar zu sein.

Wie bereits erwähnt haben diese Parteien ihre Helfer nicht nur innerhalb der EU in Form von jenen BürgerInnen, die ihnen ihre Stimme geben und ihnen somit die Zukunft für die nächsten Jahre anvertrauen. Sie werden auch von außen gefördert. Ein prominentes Beispiel ist der Trump-Berater Steve Bannon, welcher mit seiner Initiative „The Movement" kräftig bei den kommenden EU-Wahlen mitmischen will. Er unterstützt innerhalb der EU eben jene Parteien, welche behaupten für den Durchschnittsbürger und gegen die Elite in Brüssel zu kämpfen. Bannon will Millionen von Euro in die kommende EU-Wahl investieren und rechtsnationalen Parteien in Form vom Zugang zu speziellen Umfragedaten, Analysen und Social Media Ratschlägen helfen, mehr Stimmen zu bekommen.

Ein Zuwachs der Rechts- und Linkspopulisten bei der kommenden Wahl, heißt auch, dass sie mehr Sitze im EU-Parlament haben. Mehr Sitze im EU-Parlament bedeuten nicht nur, die Politik maßgeblich beeinflussen zu können, sondern das „Projekt EU" in eine Richtung zu lenken, welche nicht im Sinne der Gründerväter wäre und ganz bestimmt nicht im Sinne aller Pro-EuropäerInnen zu denen ich mich dazu zähle.

Wirft man ein Blick auf die Kontakte und Verbündeten von Steve Bannon, kann man sich ungefähr ein Bild davon machen, in welche Richtung diese die EU nach den Wahlen im Mai sehen wollen. Matteo Salvini, Marie Le Pen oder auch Kontakte zur AfD. Auch Bannon gibt – genauso wie seine europäischen Verbündeten – der „Elite" die Schuld für die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008. Er spricht von dieser auch als die „Davos-Partei", als Anlehnung an des jährlich in Davos stattfindenden World Economic, Forums. Wenn man sich die Kampagnen von Orban anschaut, der sich genauso auf diese bezieht, dann findet man schnell den gemeinsamen Nenner.

Doch was können wir EuropäerInnen dagegen tun? Sind wir wirklich den PopulistInnen und GegnerInnen der EU hilflos ausgeliefert? Welche Vorschläge würden Sinn machen, um den Populisten den Wind aus den Segeln zu nehmen?

Eines habe ich in der Politik gelernt, dass man nämlich viel Geduld und Optimismus braucht, wenn man etwas positiv verändern will. Sei es die Migrationskrise, die Konflikte in Libyen, Syrien oder der Ukraine oder der Rücktritt der USA und Russlands aus dem INF-Vertrag, Beispiele für die Notwendigkeit einer gemeinsamen EU-Strategie und einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gibt es mehr als genug.

Diese, in Kombination mit einer europäischen Verteidigungsstrategie, könnte dazu beitragen, die EU-Nachbarschaftsländer zu stabilisieren bzw. den unkontrollierten Zustrom an MigrantInnen zu kontrollieren. Dadurch wäre eine Flüchtlingskrise, wie wir

sie 2015 hatten – in dieser Form zumindest – nicht mehr möglich.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist eine gemeinsame europäische Grenz- und Küstenwache an den EU-Außengrenzen. Diese könnte den Migrationsstrom auf eine humane und für das 21. Jahrhundert entsprechende Art und Weise managen, indem sie die MigrantInnen an den EU-Außengrenzen identifiziert und registriert. Stattdessen ist das Fehlen ebendieser der Grund dafür, dass viele MigrantInnen sich in die Hände diverser Menschenschmuggler begehen und somit den illegalen und gefährlicheren Weg wählen.

Zusätzlich zu diesen politischen Instrumenten, brauchen wir eine Europäische Blue Card, welche die Arbeitserlaubnis der 28 (bzw. bald 27) EU-Mitgliedsstaaten ersetzt, sodass auch hier einerseits Klarheit herrscht, andererseits wir ein einheitliches System auf der europäischen Ebene haben. Dadurch könnte man Missbrauch vorbeugen und sicherstellen, dass wir EU-weit ein geregeltes System haben, welches für alle EU-Staaten gilt.

Das sind Instrumente auf der europäischen Ebene, welche einer globalen Herausforderung gewachsen sind und welche wir gemeinsam meistern können. Es ist auch ein Schritt nach vorne in Richtung der Weiterentwicklung des EU-Projektes, von welchem ich am Beginn gesprochen habe, ohne dem wir auf der globalen Ebene nicht mitwirken können. Diese Klarheit würde auch den externen und internen EU-Gegnern den Boden unter den Füßen nehmen, da die Ungewissheit und Angst, welche viele EU-BürgerInnen in dieser Hinsicht verspüren, dann nicht mehr gegeben wären.

Ein solches Paket an Instrumenten auf der EU-Ebene würde nicht nur die EU von innen aus stärken und die Probleme innerhalb der EU – zumindest für den Anfang – regeln, sondern ihr auch die Möglichkeit geben mit einer Stimme zu sprechen und ein einheitliches Vorgehen auf der globalen Ebene ermöglichen und dadurch dem Image eines zerstrittenen Europas entgegenwirken.

Denn die BürgerInnen haben uns gewählt, damit wir uns überlegen und darauf einigen, wie wir die Krisen der Gegenwart und Zukunft meistern sollen. Dass das Vertrauen fehlt und dieses Misstrauen von den Populisten für ihre eigenen Zwecke genutzt wird, heißt für mich nicht, dass ich mich auf diese Art der Politik einlasse und auf deren Zug aufspringe. Ich war immer eine starke Befürworterin von Allianzen schmieden und einer Politik, welche auf Kooperation und Respekt basiert.

Dass das derzeitige Klima bezüglich der EU doch nicht so negativ ist, haben die letzten Umfragen gezeigt. Zum ersten Mal, seitdem Österreich der EU beigetreten ist, ist der Großteil der ÖsterreicherInnen positiv der EU gegenüber eingestellt[1]. Ich würde sagen, es ist ein Erfolg und es bekräftigt mich in meiner Arbeit als Europaabgeordnete nur noch mehr, für dieses einzigartige Projekt weiter zu kämpfen, welches nicht nur für Frieden und Stabilität sorgt, sondern auch den Kontinent und seine BürgerInnen fit für die Herausforderungen der Zukunft macht.

Auch die Tatsache, dass wir uns in Brüssel sehr wohl mit Themen der Zukunft des 21. Jahrhunderts auseinandersetzen zeigt mir, dass wir nicht auf verlorenem Posten liegen. Ein positives Beispiel ist das 9,2 Milliarden Euro schwere Förderprogramm „Digitales Europa“, bei dem ich die Federführung bei den Verhandlungen mit der EU-Kommission und dem EU-Rat hatte und für welches wir am 13. Februar 2019 erfolgreich eine Einigung erzielt haben.

Das alles sind jene Momente, die mich als Europapolitikerin zuversichtlich stellen. Das Chaos um Brexit hat uns auch gezeigt, dass die Populisten außer dem „Exit“-Plan nicht wirklich wissen, was danach kommen soll oder wie es weitergehen soll. Wer aber eine Zukunft gestalten will, braucht auch eine Vision, welche mehr als die nächsten fünf Jahre beinhaltet. Meine Vision ist ganz klar: die Vereinigten Staaten von Europa – in Vielfalt vereint. ■

■ Zum ersten Mal, seitdem Österreich der EU beigetreten ist, ist der Großteil der ÖsterreicherInnen positiv der EU gegenüber eingestellt

1) https://derstandard.at/2000098181216/Beliebtheitswerte-der-EU-in-Umfrage-weiter-auf-Hoehenflug Letzter Zugriff am 21. 02. 2019